

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimaliger
Ausstellung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 M., durch die Post 22.50 M.,
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich. Zeitungserzeichnis unter
Ecole-Zeitung eingetragen. Für
unregelmäßig eingegangene Monu-
stipia wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Ecole-Zeitung“ ge-
statet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133
s. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Wald-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 9 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark, Posten nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigenstellen. Erfüllungsort:
Halle. Erhöht täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Erfüllungsort: Halle, Neue Dreu-
mode 1a, Str. Braunhauser 17.
Leben- u. Geschäftsstellen: 17
Ulrichstraße 22 und Markt 24.
Verlag-Redaktion Leipzig Nr. 4009.

Nr. 303.

Halle, Dienstag, den 24. August 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Was ist Demokratie?

Ueber „die Verwirklichung der Demo-
kratie“ veröffentlicht Hg. Erlangen im „Regulator“
einen Artikel, dem wir folgen entnehmen:

„Die Demokratie ist die Herrschaft des Rechts,
des Rechts, das mit uns geboren ist. Des Rechts, das der
Staat und die Moral verkünden und das als freie Willkür
anerkannt wird. Des Rechts, das uns die innere Vernunft
verkündet und lehrt. Des Rechts, das die Gewalt hat, das
die Gewalt nur in eine Hand legt, nämlich in die des demo-
kratischen Staates, der der Gewalt bedarf, um das Recht zu
schützen.“

Demokratie heißt Meinungsfreiheit, heißt
glauben, daß alle Menschen genug und genügend guten
Willens sind, das rechte zu suchen und darnach zu handeln.
Der irrende Bruder, sofern er nicht Verbrecher ist, soll durch
Belehrung, durch gutes Beispiel überwinden werden, nicht
durch Gewalt und Waffen und Hunger.

Demokratie heißt soziale Pflicht. Nicht der ein-
zelne Staat, Bräute, Mischelstände soll sich nach Kräften
ausleben. Er soll die Kräfte seiner Schicht erkennen lernen,
was das Recht, das Recht, die Freiheit der anderen dabei
auf dem Spiele steht. Demokratie ist deshalb der Ausgleich
zwischen dem Recht des Einzelnen und dem Recht der an-
deren. Der demokratische Staat ist die rechtliche Form dieses Aus-
gleichs. Demokratischer Staat und sozialer Staat ist des-
halb dasselbe. Es sind nur zwei Seiten einer Sache.

Schon daraus ergibt sich auch, warum der demokratische
Staat kein Staat der Anarchie und Unordnung sein
darf. Demokratie heißt freigestellte Disziplin. Der alte
Jahr Nikolaus und der neue Jar Lenin sind bzw. waren
Anhänger der Anarchie, daß Disziplin nur durch Gewalt
in die Menschen hineingekracht werden könnte. Mit allen
Gewaltmitteln der Polizei, des Heeres, der Waffen müsse
man starke Kräfte um die Menschen schlagen, damit sie in
Reihe und Glied bleiben. Der Demokrat ist auch hier Opti-
mist, traut, trotz mancher unglücklichen Erfahrungen, den
Menschen zu, daß sie sich freiwillig einfügen, daß sie Dis-
ziplin als ihre Pflicht in der Freiheit betrachten und frei-
willig üben. Deshalb kann niemand den unglücklichen, d. h.
undisziplinieren Menschen mehr helfen wie der Demokrat.
Deshalb kommen die Protekte gegen den Schieber und
Wucherer, aber auch gegen wilde Streiks in lebenswichtigen
Betrieben stets in erster Linie aus dem Lager der Demo-
kratie.

Demokratie heißt gleiches Recht für alle. Was
nicht dasselbe ist wie Gleichheit aller. Die Gleichheit ist
ein formales, kein demokratisches Prinzip. Der Demo-
krat will nicht alle Menschen über einen Kamm scheren.
Er will Individualität, Einzelpersonlichkeiten, die sich ihres
besonderen Wertes bewußt sind. Eine Welt, in der jeder
Mensch innerlich und äußerlich so wäre, wie alle anderen,
wäre das langweiligste Waisenhaus, wäre eine Strafanstalt.
Aber der Unterschied unter den Menschen soll nicht
aus einem Klassenstand, der Geburt erwachsen. Der Graf
soll nicht Graf bleiben, weil er in der gräflichen Wiege ge-
boren ward. Neben hier sollen Tüchtigkeit, Fleiß, ehrlicher
Ehrgeiz entstehen. Hier liegt der vornehmlichste
Unterschied zwischen der Demokratie und dem Konservatismus.
Demokrat aber jeder Tüchtige sich empor arbeiten kann,
soll der Staat dafür sorgen, daß alle gleiches Recht haben,
d. h. gleiche Voraussetzungen, um sich empor arbeiten zu
können.

Demokratie heißt: das Menschenrecht auf Ei-
gentum für alle. Hier besteht ein wesentlicher Unter-
schied zwischen der Demokratie und dem vulgären Sozialis-
mus, der sich gerade in der Arbeiterfrage breit macht.
Eigentum besteht zwischen beiden, das die bisherige Verteilung
des Eigentums ungerecht ist und beseitigt werden muß.
Der vulgäre, mißverständliche Sozialismus will zu diesem
Zweck das Eigentum allen wegnehmen und es dem Staate,
oder einer ähnlichen Stelle übertragen, wo es allen gehört.
Tatsächlich gehört es doch niemand, da dann nirgendwo so-
zial gelöst und verschleudert wird, wie im Staatsdienst.
Der demokratische Sozialismus geht deshalb umgekehrt vor.
Er will das Eigentum nicht allen nehmen, sondern will es
aufgeben. Jeder soll Anrecht darauf haben, jeder soll
Eigentum besitzen.

Ausführung des Entwaffnungsgesetzes.

Der Beirat des Reichstages zur Durchführung
des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung trat am
Sonntag über Beratung der ersten Ausführungsbestimmungen
zusammen. Reichskommissar Dr. Peters erläuterte die
Kompetenzfrage. Seine Aufgabe sei, zu entwaffnen,
wer Waffen hat, ob das die Organe der Regierung,
Eisenbahnen oder ein Regiments sei. Er sei Reichs-
polizeiminister und nicht Reichsminister. Er habe also
die Aufsicht über die Organisation der Polizei nicht in
seiner Kompetenz. Er ist innerlich überzeugt, daß die Ent-
waffnung erfolgen müsse, selbst wenn die Entente dazu
nicht zwingen würde. Als erster Redner aus dem Beirat sprach
der Sozialdemokrat Stelling. Er hält es für selbstver-
ständlich, daß nicht mit gepanzerter Faust vorgegangen
werden. Es muß alles daran gesetzt werden, die Waffenab-
lieferung auf friedlichem Wege zu erzielen.
Hr. Dr. Rosenfeld (U. S. V.) unterstützte durch-
aus diese Auffassung. Er vermißt in den Ausführungsbestimmungen
die Zuteilung verschiedener Bevölkerungsstellen bei
der Entwaffnung.
Reichskommissar Peters: Die Organisation der Polizei
fällt unter die Bestimmungen der Ausführungsbestimmungen,
soweit sie die Waffen hat. Es ist aber nicht mög-

lich, eine auf alle Fälle passende Bestimmung in die Aus-
führungsanordnung einzufügen, denn man könne die von dem
Oberpräsidenten und Ostpreußen geschaffene Grenzschutz-
organisation nicht ebenso treffen, wie Organisations im
Land. Auch die Befreiungspflicht kann nicht einheitlich
gesetzt werden. Man kann nicht vor jedem einmündigen
Menschen von schwerer Munition absehen und dort auf-
zuwachen lassen. Es kann Fälle geben, wo diese Munition von
sachverständigen Personen abgenommen werden muß. Die
Waffen müssen abgeliefert werden, ob die
Organisation von Herrn Fischer oder von einem harm-
losen Regellub kommt. In Preußen dürften die Re-
gierungspräsidenten zu Bezirkskommissaren er-
nannt werden, in den kleinen Bundesstaaten wird man
Landeskommissare einsetzen. Die abgelieferten
Waffen müssen zum Gebrauch untauglich gemacht werden.
Ein fälschlicher Regierungsvorsteher erklärt, daß
seine Landesregierung die allergrößte Aufmerksamkeit den
Organisations nach dem Muster der von Fischer geschaf-
fenen widmet. Die letztere werde in Sachsen aufgelöst.
Hr. Koefoed (Deutschland) erklärt, daß es ein Bruch
der Koalitionsfreiheit sei, wenn gegen die Organe vorgegan-
gen werde. Das sei eine gemeinschaftliche Organisation.
Hr. Brüninghaus (D. Vpt.) ist völlig eines Sinnes
mit Koefoed. Er protestiert gegen das Vorgehen der preu-
ßischen Behörden, die im Widerspruch mit Verfassung und
Reichsgesetzen stehen sollen.

Die Vertreter Braunschweigs und Badens erklären, daß
in ihren Ländern eine Wirksamkeit der Organisation nicht
festgestellt sei. Sollten aber ähnliche Organisationen auf-
treten, so werde mit aller Schärfe gegen sie vorgegangen
werden.
Reichskommissar Peters weist auf die Schwierigkeiten,
die die Durchführung eines solchen Gesetzes mit sich bringt,
hin. Hierfür wird in die Spezialdebatte eingetreten. Eine
Reihe von Anträgen der beiden sozialdemokratischen Par-
teien werden abgelehnt. Dagegen wird gegen die beiden
sozialdemokratischen Parteien und gegen den Einfluß des
Reichskommissars von allen bürgerlichen Parteien ein An-
trag der Beschlüsse angenommen, der verlangt, daß die
Arbeit gegen die Güter und Dörfer nicht so-
fort abgebrochen werden, sondern bis zum Ende der
Kriegsjahre in der Umgebung sämtlich preisgegeben seien.
Ferner wurde noch festgestellt, daß Mitglieder der Organi-
sationen, deren Vorstand oder Leitung bereits zur Anmel-
dung der Waffen verpflichtet sind, nicht ihrerseits noch ein-
mal eine besondere Anmeldung zu erlangen haben sollen.

Der Ausschuß erteilte in später Abendstunden den Aus-
führungsbestimmungen seine Zustimmung.
Das Entwaffnungsgesetz ist jetzt nicht nur in
Kraft, sondern auch in Wirksamkeit.

Zur Lage in Oberschlesien.

Tarnowitz, 23. August. Im Kreise Tarnowitz
formiert es ständig zu schweren Ausschreitungen, Ueber-
fälle auf Einwohner, Förstereien und Wirtschaftsin-
spektoren, Entwaffnung von Gendarmenposten und
Abhandlung von Lehrern wiederholen sich ständig.
Das Bahndorf Karstischow wurde ausgeplündert, das
Vieh gestohlen.

Gleiwitz, 22. August. Aus dem von den Polen
besetzten Gebiet im Kreise Ratibowitz und Beuthen sind
im Laufe des Sonntagsabend 5000 Flüchtlinge hier
eingetroffen. 4000 wurde heute nachmittags nach Randzain
weiter befördert, wo der Verband leitender Ober-
schlesier zur Unterbringung und für Verpflegung sorgt.
Zwischen treffen neue Flüchtlinge aus dem Kreise
Plesch ein, die in Gleiwitz gesammelt und ebenfalls nach
Randzain befördert werden.

Schwere Ausschreitungen gegen Franzosen in Breslau.

Breslau, 22. August. In Breslau ist es zu bedauerlichen
Ausschreitungen gegen Franzosen gekommen. Ein Auto mit
französischen Mannschaften durchfuhr die Stadt und erlitt
am Ring eine Panne. Hingumlaufende Studenten kürzten
sich auf das Auto und zerstückten einige Reifen, so daß das
Auto nicht weiterfahren konnte. Die Franzosen mußten zu
ihrer eigenen Sicherheit in Schutzhaft genommen werden.
Während des entzündenden Tumults wurden auch die an-
deren Reifen zerstört. Der französische Offizier Lunat
erhob Beschwerde beim Polizeipräsidenten. Die eingeleitete
Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Der Polizeipräs-
ident von Breslau hat an die Bevölkerung einen Aufruf ge-
richtet, unter allen Umständen Ruhe und Besonnenheit zu
bewahren, da aus derartigen Exzessen der deutschen Re-
gierung die größten Schwierigkeiten erwachsen müßten.

Die russisch-polnische Frage.

Paris, 23. August. Nach einer Suwas-Meldung aus
Winn sollen die Vorfriedens-Waffenstillstands-Verhandlungen
nicht voranzukommen. Man vertritt, daß die Waffen-
stillstands-Verhandlungen nicht möglich werden können,
aber unter Bedingungen, die ein Vergehen der russischen
Armee gegen General Wangel unmöglich machen.
Kopenhagen, 22. August. Aus Warschau wird be-
richtet, daß die polnischen Delegierten nach Warschau mit
folgendem Programm abgereist: Polen beansprucht für
sich die Gebiete, die von einer polnischen und katholischen
Bevölkerungsmehrheit bewohnt werden. Polen wird jedoch
sein Interesse für das Schicksal der Bevölkerung des alten

Königreichs Polen dadurch beweisen, daß es für die freie
Einführung der russischen Regierung in diesem Punkte leisten.

Amsterdam, 22. August. Nach einer Londoner Meldung
entwidel sich die polnische Gegenoffensive so erfolgreich, daß
in gewissen politischen Kreisen bereits die Begegnung ge-
äußert wird, daß Polen zu weit gehe. Lord Milner
und Jullierand haben sich von Polen nach Barzafau be-
geben, um mit General Wegand, dessen Anführer jetzt in
Polen maßgebend seien, über die Möglichkeit der Fest-
setzung der äußersten Grenze des polnischen Vor-
marsches zu sprechen. Marshall Koch, der der Urheber der
strategischen Pläne sein soll, hat sich gegen einen weiteren
Vormarsch auf russisches Gebiet ausgesprochen, ebenso wie er
gegen den früheren Vormarsch gegen Kiew gemeint ist. Er
sei der Meinung, daß die Polen sich darauf beschränken müs-
sten, das ethnographische Polen von den roten
Truppen zu säubern.

„Reformist Gazette“ äußert sich sehr scharf über die
Erfolge in Polen. Das Blatt meint, die Entente sollte
sich zurückziehen und Polen eine Grenze stellen, über die
hinaus es nicht darf und auf Grund welcher ein Frieden ge-
schlossen werden müßte. Italien und Großbritannien sind
einig über die gerechten Bedingungen, und daher haben die
Polen keine Veranlassung, mehr zu verlangen.

Lloyd George und Giolitti.

Luzern, 23. August. Zwischen Lloyd George und
Giolitti fand gestern zwei Besprechungen statt, hauptsächlich
über die russisch-polnische Frage. Das Ergebnis
soll heute formuliert werden. Heute ist auch eine be-
deutende Erklärung Lloyd Georges hinsichtlich der Durch-
führung von Friedensmaterial durch das Danziger Gebiet zu er-
warten. Das Recht der Durchfuhr von Waffen durch Danzig
kann völkerrechtlich nicht bestritten werden. Das Problem
kompliziert sich aber, da die Danziger Arbeiter das Aus-
laden verweigern. Lloyd George steht auf dem Standpunkt,
daß englisches Militär nicht zum Ausladen benötigt werden
dürfte, weil das einen Kriegszustand gegen Russland be-
deuten würde und deshalb im Gegensatz zu Lloyd Georges Unter-
hausensführung stehen. Weiterhin verlangt, Giolitti habe
vor seiner Abreise den sozialistischen Führern das Ver-
sprechen gegeben, in Luzern seitens Italiens die Un-
erkennung der Sowjetregierung auszusprechen. Es wird
angenommen, daß Lloyd George die Erklärung
Italiens zur Kenntnis nimmt, ohne vorläufig seitens Eng-
lands eine bestimmte Erklärung in dieser Frage abzugeben.

Vor einer Kabinettskrise in Frankreich?

Zürich, 22. August. In diesen politischen Kreisen hält
sich das Gerücht, daß der Sturz Millerands wegen
der Verletzung des Generals Wangel be-
vorstehe. Einige schweizerische Zeitungen beschäftigen
sich bereits eingehend mit dieser Frage und melden,
daß Millerand diesen Schritt gegen den Willen des Landes
und der Nation getan habe. Da das Parlament nicht tagt und
der Präsident der Republik wegen seiner Krankheit nicht
fähig ist, seine Funktionen auszuüben, bestimme Millerand für
einige Wochen eine geradezu absolutistische Macht. Er sei
sich dessen auch bewußt und wolle in dieser Zeit einige
seiner Lieblingspläne verwirklichen. Damit habe er aber
einen starken Gegenwillen im Volke und auch in allen poli-
tischen Kreisen Frankreichs und besonders Englands aus-
gelöst.

Telefunkenverkehr zwischen Deutschland und Argentinien.

Berlin, 22. August. Wie die „Dena“ aus bestelltem
Industriebriefen erzählt, ist in absehbarer Zeit die Auf-
nahme des drahtlosen Telegraphenverkehrs zwischen Deutsch-
land und Argentinien gesichert. Bekanntlich hatte die
Firma Siemens-Schubert von der argentinischen Regierung
Konzessionen erhalten zwecks Herstellung und Betrieb radio-
telegraphischer Stationen. In Anlehnung an diese Kon-
zessionen hat sich in Argentinien eine Compania Radio-Tele-
grafica Argentina gebildet, an der von deutscher Seite die
Deutsche und die Dresdener Bank sowie die Gesellschaft für
drahtlose Telegraphie beteiligt sind. Da die aus Betriebes-
aufnahme erforderlichen technischen Geräte in Deutschland
bereits fertiggestellt sind und es nur noch deren Aufstellung
in Argentinien bedarf, dürfte die deutsch-argentinische Tele-
funkenverbindung in nicht zu ferner Zeit eine Tatsache sein.
Die oben erwähnte argentinische Gesellschaft fordert zur
Deckung von Vorzugsaktien, die in Höhe von 3 Millionen
Dollar emittiert werden, in der ganzen Presse des Landes
auf.

Riefenschiedungen in Heeresgut.

Wie der „Berl. Lok. Anz.“ wissen will, hat die ge-
meindliche Aufhebung großer Verschreibungen von Heeres-
material über amtliche Bestätigungen erhalten. Es han-
delt sich um Verschreibungen allergrößten Umfanges. Die
Bausubstanz sind Ausländer, die auf allen nur denkbaren
Schleimwegen Vorzugsmaterial für Polen aufkauften. Es
gelang den Erfassungsbemühen des Reichsausschusses
rühmlich, Sonderein von zerlegten Flugzeugen zu beschlagnah-
men, dergleichen Waffen und Ausrüstungsgegen-
stände im Werte von vielen Millionen. Den ersten
Erfolge zur Aufhebung dieser umfangreichen Dieb-

Röhre und Schiebungen von Seeresignat erhielt die...
Wegende in Waldgebirg. Dort war ein Mann wegen
irgendweines Dalkies in Haft genommen worden, für den
halb Jahr ein Haft mit Lebensmitteln abgeben
muss. Das ist durchgeführt wurde, fand man darin ein
Bermögen an Kaufmannsrechnungen und verschiedene
wertvolle Brillantringe. Die Ermittlungen ergaben
dann, daß der Häftling zu einer Schießwunde gebrütet
und durch Verletzung der Gefängnisbeamten verurteilt
solte, aus dem Gefängnis zu entkommen. Die Wunde
hatte u. a. Verbindung zu Wundentzündung und Verwundung
Gefäßsystemen und verurteilte hier Waffen, Munition,
Patronenhüllen, Konserve und Bekleidungsstücke nach
Polen zu verschleppen. Ein Teil des Gütes war bereits
zu den Sammelstellen der Wunde in anderen Städten
abgegeben oder dürfte noch auf Eisenbahnen rollen.
Die Ermittlung dieser Güter ist außerordentlich
schwierig.

Gleichzeitig kamen die Erlassungsbeamten einer von
dieserlei Wunde verurteilten Verurteilung von Waffen
und Flugzeugen auf die Spur. Bereits vor einigen
Tagen stellte sich heraus, daß in der Gegend von Wite
nberg und Halle wiederholt Flugzeuge auf
gefunden und nicht wiederfanden. Diese Flugzeuge sind
scheinbar von den Polen aufgefahrt worden und
haben die deutsche Abgrenzung überfliegen. Es soll sich
um 16 Offiziere in Polen zu handeln, die auf dem
Luftwege nach Polen gelangt sind. Allerdings steht in
diesem Falle noch nicht fest, ob es sich um Maschinen
aus der Flugindustrie oder um Seeresignat handelt.
Anderes dagegen liegt die Sache bei einer weiteren
Erhebung, die in die Gegend von Weimar ver
weicht ist der Versuch gemacht worden, gleich hier u. a.
der Flugzeugen zu verschleppen, die aus militä
rischen Beständen stammen. Ein Teil konnte zwar
beschlagene werden, ein anderer Teil ist jedoch noch
nicht gefunden. Die Hauptstädter, deren Zahl sehr groß
sein dürfte, konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Deutsches Reich.

Ein Selbstmord des Prinzen Joachim. Wie die „N.
Berl. Zig.“ meldet, hat sich die Witwe des Prinzen Joachim
von Preußen mit einem Herren Guerdard verlobt. Guerdard
ist ein Deutscher, der große Fabriken bei Brandenburg besitz
und in seiner ersten Ehe mit der Sängerin Sabatini
verheiratet war.

Ein Saboteurschmuggler verhaftet. Der aus den Kriegs
jahren bekannte dänische Großschmuggler Lorenz Hansen
Aren wurde von der Kriminalpolizei in Rolding dabei ab
gefaßt, als er die Vorbereitungen zu dem Versuch machte,
große Mengen Saboteurs und Kofain über die Grenze zu
schmuggeln.

Wieder eine deutsche Volkshaus in Paris. Wie hier ver
lautet, steht die Beförderung des deutschen Volkshaussträgers
in Paris, Dr. Wagner, zum Volkshaus unmittelbar bevor.
Daraus kann geschlossen werden, daß die französische Regie
rung ihre Zustimmung dazu schon erteilt hat.

**Die Zwangsverpflichtung für Obst und Gemüse end
gültig aufgehoben.** Mit dem 1. August dieses Jahres ist
die Reichsliste für Gemüse und Obst und die ihr unterstellt
Kriegsgeheimnisse aus dem Verbands des Reichs
ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ausgeglie
den und dem Reichsfinanzministerium zwecks Durchführung
der Auffösung und Liquidation unterstellt worden. In einer
jeden im Reichsgefeßblatt veröffentlichten Verordnung hat
genommen, wie die V. A. N. erfahren, der Reichsminister für
Ernährung und Landwirtschaft alle noch geltenden Vorschriften
mit Wirkung vom 23. August außer Kraft gesetzt, auf
Grund deren die Reichsliste für Gemüse und Obst ermächtigt
war, die Zwangsverpflichtung für Obst und Gemüse hier
damit endgültig beseitigt. Somit die Reichsliste für Obst
und Gemüse noch bestehen bleibt, beschränkt sich ihre Tätig
keit auf die Abwicklung der laufenden Geschäfte.

Bestigte Weineinfuhr. Wie die „V. A. N.“ hören, hat
das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
angeordnet, daß für die bis zum 25. Juni 1920 innerhalb der
Reichsgrenzen in Transit und Leistungslagern, in Zollaus
schüssen und Freizeiten befindlichen Weine in einführ be
willigung unter folgenden Bedingungen erteilt wird:
1. Die in Betracht kommenden Mengen sind nach
Urzpungsländern, Farbe und Handels
bezeichnung der Weinhandlungsgesellschaft
m. b. H., Berlin W. A., Friedriehstr. 78 bis zum 5. Sept. angab

Optimismus!

Von
Prof. Dr. Arthur Diebert.

(Nachdruck verboten.)

Das finstere Gemüt, das sich seit langem über Deutsch
land lagert, scheint sich zu immer dunkleren und unheilvolleren
Mächten zusammenzufassen. Kaum irgendwo auch nur
der schwächste Lichtstrahl, Tausend und abertausend Feinden
und Jäger führen dem Recht zu einer tief pessimistischen Be
urteilung unserer Lage immer neuen Stoff zu. Und solchen
Urteilen wird in allen Tonarten und Stützgründen von Ver
weirtern der verschiedenartigsten politischen, wirtschaftlichen,
philosophischen, soziologischen, religiösen Standpunkte mit
feiner Einnichtigkeit Ausdruck gegeben. Man kann Wesen
und Verfallung des deutschen Volkes nicht schwarz genug
malen.

Eine entsetzliche Stimmung ärgert, oft bis zur Er
bitterung gekleideter Verzweiflung und Aufspaltung
breitet sich immer härter über uns aus. Sie droht, uns
den Atem zu rauben, alle Luft und Lust zu nehmen. Selbst
diejenigen, die mit laßig begründeten und deshalb ernst
haft zu nehmenden Beschlüssen in Wort und Schrift zur
Besserung, zur Hebung aufstehen, scheinen oft selber nicht
an die Wirklichkeit ihrer Hilfsmittel zu glauben, oder sie
trauen dem Leidenden nicht mehr die Fähigkeit zu ihrer
Aufnahme und überdrücklichen Verwendung zu. Selbst über
diejenigen, die durch ihre intellektuelle Begabung, durch
die Klarheit und Weite ihres Blickes, die Zweckmäßigkeit
und Brauchbarkeit ihrer Forderungen und Empfehlungen zu
Fehlern und Fälschungen auszuweisen wären, scheint ein Unge
läubte eine pessimistische Zweifelstimmung gekommen zu sein, so
daß dadurch das Gemüt ihrer Maßlosigkeit und Wahnungen,
die Kraft ihrer Einsicht, der Eindringlichkeit ihrer Welsungen,
in erheblichem Umfang eingeschränkt, wenn nicht ganz ausge
loben wird.

medien, unter Verfassung von Verschleppungen der Zollämter
beim Lagererwartungen usw., aus denen einmündigst
herorgeht, daß die angegebenen Mengen und Sorten am
25. Juni 1920 bis einschließlich der Reichsgrenzen beizubehalten
sind. Die Freigabe erfolgt unter Vorbehalt der Abrechnung
auf ein gezeichnetes Konto mit dem Namen der Konfession
nur an im Inlande ansässige Firmen, die zum Weinhandel
zugelassen sind.

In der Frage des von den Berliner Eisenbahnern fern
gehaltenen Eisenbahntransportes für die Königsber
ger Sicherheitspolizei ist eine Verhinderung
eingetreten. In den Verhandlungen am Sonnabend waren
die Kommunisten auf Antrag der Gewerkschaften und der
Sozialdemokraten von den weiteren Verhandlungen ausge
schlossen worden, weil sie sich nicht an die Abmachungen
halten wollten. Die Kommunisten beschloßen, nun selbstän
dig vorzugehen. Sie fordern die Festhaltung jedes Irden
verkehrs in der Westfront und die militärischen Depots
gelegt werden, um den Betrieb genau zu kontrollieren. Die
Sonderhaltung der Kommunisten dürfte nicht zur Verwirkli
chung der beginnenden Verhandlungen mit der Regierung
beitragen. Zwischen den einzelnen Dienststellen ist es bereits
zu Differenzen mit den Eisenbahnbetriebsräten gekommen,
da die Eisenbahnverwaltung auf dem Standpunkt steht, daß
die Anhalten von Zügen weit über die gesetzmäßigen Be
fugnisse der Betriebsräte hinausgeht.

Ausland.

Arbeiterunruhen in der Tschechoslowakei.

Prag, 22. August. In der Tschechoslowakei trifft es
seit langem heftig. Die tschechischen Legionäre machen
mit ihren bolschewistischen Tendenzen der Regierung sehr zu
schaffen und nun ist in der westlichen Slowakei ein Generals
streik ausgebrochen. Angeföhrt 100 000 Arbeiter in dem ehe
maligen ungarischen Bezirk Neutra sind in den Streik getre
ten, um ihre Inaktivität mit dem Einkommen des tschechischen
Militärs in vergleichenden ehemals ungarischen
Städten zu dokumentieren. Überall fanden fürmlich ver
kaufene Volkserkrankungen statt, in denen die Entfremdung
des tschechischen Militärs, die Bemassung der Arbeiter
schaft, die Sozialisierung des Bodens und die Verbesserung
der Ernährung gefordert wurden. Diese Volkserkrankungen
tragen somit einen national-ungarischen und gegen die
Tschechen gerichteten Charakter.

Beneid in Bukarest.

Wien, 22. August. Wie das Tschechoslowakische
Pressebüro aus Bukarest meldet, ergab sich bei den Be
sprechungen zwischen Beneid und der rumänischen Regie
rung ein vollständiges Einvernehmen in Bezug auf
die gleichen Fragen, über welche zuvor in Belgrad ver
handelt worden war, insbesondere in Bezug der Neu
tralität im russisch-polnischen Krieg und der Beziehungen
zu Ungarn. Im Gespräch mit Bukarester Pressever
tretern äußerte sich Beneid im gleichen Sinne und fügte
hinzu, die Beziehungen der Tschechoslowakei zu Oester
reich seien freundschaftlich, ebenso zu Polen. Die
Donau-Föderation ist nach seiner Meinung ein
Fehlgriff. Die Beziehungen zu Ungarn würden dar
über bestimmt, daß dieses nach der Wiederherstellung
seiner früheren Grenzen strebe.

Wahlen gegen Benjosef.

Genf, 22. August. (Eig. Meldung.) Meldungen aus
Äthen zufolge ist hier nach den letzten Ausschreitungen gegen
die oppositionellen Führer wieder Ruhe eingetreten. Die
Oppositionsparteien führen den Kampf gegen die Regierung
weiter und verlangen die sofortigen Ausschreibungen von
Wahlen. Ihre Wahlparole ist: Befreiung vom fremden Joch
und von der benjosefischen Tyrannie. Die Opposition er
hofft von den Wahlen ihren endgültigen Sieg, zumal Bauern
und Arbeiter auf ihrer Seite stehen. In Regierungskreisen
spricht man von einer neuen Verschleppung der Wahlen.

Englische Offiziere für die rumänische Flotte.

Bukarest, 22. August. (Eig. Meldung.) Zwischen der
rumänischen und englischen Regierung wurde ein Abkommen
getroffen, auf Grund dessen die britische Marine bei im
Wiederaufbau befindlichen rumänischen Flotte Offiziere,
Materialien und Techniker zur Verfügung stellen wird. Die
französische Marineoffiziere, die sich für ein ähnliches Abkom
men mit der rumänischen Regierung bemühte, hat Bukarest
vor kurzem verlassen.

Furchtbar, daß auch jenen Verufen der lebensschaffende
Glaube fehlt. Das ist in allen unseren schweren Nöten fieder
lich die schwerste Not. Da stehen jene Menschen und ver
richten ihr Werk, aber mehr aus bloßem Zwang und aus
Gewohnheit, denn aus heiliger und glücklicher Überzeugung,
die sich dem Strom der Entwicklung nicht anpaßt oder unter
ordnet, sondern dessen Weg und Drang eigenmächtig regelt.
Dieser immer vergebender um sich greifender Pessimismus
ist sowohl das Kennzeichen dafür, daß wir ohne Führerper
sönlichkeiten sind, wie eine deutliche erschütternde und notwen
dige Folge einer atembeklemmenden, trostlosen Stimmung.
Denn daß wir wenigstens vorläufig — in dieser Schwa
chheitsperiode unseres geschichtlichen Lebens jener Helfer ent
behren, hat keinen tieferen Grund darin, daß fast noch nie
mand mit aller Entschlossenheit den Versuch gemacht hat, sich
von dem tödlichen Druck pessimistischer Auffassung und
Vertierung freizumachen.

Ja, darf man denn überhaupt seine Umflammerung
mindern oder gar abstreifen wollen? Würde sich in diesem
Kalle nicht mit besonderer Nachdrücklichkeit das Recht zur
Anklage geltend machen, die Spöhenpauer gegen den Opti
mismus im allgemeinen insofern erhebt, als er ihn eine
ruchlose Entmenscherung schilt? Wo liegt ein Anlaß zu innerer
Erhebung dort, wo ein Wegweiger zu einer wenn auch nur
leisen Hoffnungsgebendigkeit? Würde jeder optimistischen
Einkerkelung und sei sie auch noch so anstößig, nicht der Sten
gel der Selbstfertigkeit und Berantwortungspflicht anhaften?
Nur für Schwärmer und Wahnhaften wäre sie ange
messene. Mit dieser Überlegung tritt man frei entgegen
Selbst: das hundertsfältig von anderen ans Kreuz geschla
genen deutsche Volk schlägt sich wie in der Wut der Selbst
opferung noch einmal an dem Watterpaß. Und von allen
Seiten wird es zu diesem Unternehmen angefeuert, wird
dieser bodenlose Flaggellantisimus gefördert, freien Will
kühler ihrer Weherufe, prophezeien sie das Kaßen des alles
vernichtenden Nit. Eine utopische Übermüthigkeit, eine
Überhebung über sich selbst mit fittlicher Dringlichkeit die For
derung, dem deutschen Volk in dieser Sabotage seines Selbst,
die gefährlicher und heillosere ist als die weitgehenden

Die Europareise Emir Fejstals.

Paris, 22. August. Wie Havas aus Port Said meldet,
ist dort Emir Fejstal in Begleitung seines Bruders aus
Palästina eingetroffen. Er erklärte, sich zunächst nach der
Schweiz und wahrscheinlich auch nach Frankreich und Eng
land begeben zu wollen, um dort seine Sache selber zu
führen.

Kunst und Wissenschaft.

Prof. Ebering 60 Jahre alt. Einer der bedeutendsten Lehrer
der Philosophie, der ordentliche Professor an der Universität Bonn,
Geheimer Regierungsrat Dr. phil. Dr. med. Gustav Ebering, Ge
boren 1860 zu Verbe in Belgien als Sohn eines Kaufmanns studierte er
von 1884 bis 1887 in Halle, Berlin und Bonn Theologie und
Philosophie, bestand 1887 die theologische Prüfung und erwarb
am 24. Juli 1889 auf Grund der Dissertation „John Stuart Mills
Theorie über den prälogischen Ursprung des Sittenslaubens
an die Außenwelt“ in Halle die philosophische Doktorwürde.
Am 22. Mai 1896 habilitierte er sich mit der Schrift „Zur Lehre
vom Einfluß der Gefühl auf die Vorstellungen und ihren Ver
lauf“ an der Universität Göttingen als Privatdozent für Philosophie,
wurde 1902 ordentlicher Professor an der Universität Zürich, 1911
in Straßburg und wirt seit 1914 als Nachfolger von Professor
Oswald Külpe an der Universität Bonn. 1915 erhielt er Titel
und Charakter Geh. Regierungsrat. Seine bedeutenden Arbeits
gebiete sind: Ethik, Moralphilosophie und Erkenntnistheorie;
die philosophische Literatur bearbeitet der Substant durch eine
ganz Reihe zum Teil umfangreicher Werke.

Hochschulnachrichten.

Zur Wiederbelebung des durch die Verurteilung des Prof.
Springer nach Berlin erzbogenen Lehrstuhls für Philosophie
und Pädagogik an der Leipziger Universität ist ein Ruf an
den o. Professor an der Universität Bonn, Oberlehrer am
Gnaß. Gymnasium deselbst Dr. phil. Theodor W. T. ergan
gen. — Das Ordinariat der Geographie an der Frankfurter
Universität (anstelle von Prof. W. Krebs) ist dem Wirtz
burger Geographiprofessor Dr. Karl Theodor Sapper
angeboten worden. — Im Alter von 42 Jahren verstarb
in München Prof. Dr. med. Franz West, Privatdozent für
experimentelle Biologie an der Kaiser-Wilhelm-Universität.
— Prof. Dr. jur. Franz Benerle in Basel hat einen Ruf an
die Universität Frankfurt a. M. als Nachfolger von Prof.
F. Plank auf den Lehrstuhl für deutsche Rechtsgeschichte,
deutsches Privatrecht, deutsches bürgerliches Recht und
Sonderrecht erstanden. — In Potsdam am 3. August
starb schwerem Leiden der ebd. Honorarprofessor für ange
wandte Mathematik (theoretische Physik) an der dortigen
Universität Dr. Rudolf S. Weber im 46. Lebensjahre. —
Am 3. August starb in Tübingen der Vertreter des
deutschen und bürgerlichen Rechts an der dortigen Universi
tät ord. Professor Dr. Otto G. E. im 62. Lebensjahre.

Halle und Umgegend.

Halle den 24. August 1920.

Kettenhandel der Entente mit deutschem Vieh.

Wie uns geschrieben wird, hat der Generalsekretär der An
haltischen Landwirtschaftskammer, Landtagsabgeordneter Dr.
Georg, im Landwirtschaftlichen Verein in Herbst Mitteilungen
über die Viehbelieferung an den Feindbund gemacht, die dort
großes Entzücken hervorriefen. Er erklärte, daß von Deutschland
nach den seitlichen Gebieten Frankreichs abgesetzter Vieh seit
dem 1. Juli abbesteht, zum erheblichen Teil aber nach Holland
verkauft worden, und in Holland ist dann das Vieh wieder für
Deutschland ausgesetzt worden, eine Tatsache, die die Wirtschaft
seiten des Verfallers sehr ungünstig um eine neue vermehrt. In Paris
wurde ganz offen erklärt, daß die jenseitige Lieferung nur eine
Vorbereitung zu neuen sei. Man werde weitere Viehbe
lieferungen fordern.

Die Waffen des Freiheitskämpfers.

Durch die Presse ist kürzlich mehrfach die Nachricht gegangen,
daß bei dem Abtransport von 200 Tausend nach Österreich bei
Gelle überführten Leuten der ehemaligen Freiheitskämpfer in
Eisenburg nicht sämtliche Waffen abgeliefert, sondern teil
weise von den Mannschaften mitgenommen und veratoben worden
seien. Eine Richtigmeldung des Schreiberle durch den Preuss.
Landwirtschaftsminister ist vom „Berliner Anzeiger“ am 18.
d. M. (S. 887) unter abschließender Vernehmung mit dem
dem Inhalt versehen worden, ihr sei bekannt, daß trotz ent
gegengehaltener dienstlicher Meldungen militärischer Stellen Wen
iger in großer Zahl mitgenommen und veratoben worden seien.
Hierzu wird uns vom Pressebüro des Landwirtschaftsmini
steriums folgendes mitgeteilt:

Die von Herrn Landwirtschaftsminister Traun, der im Ver
ein mit dem Herrn Reichswehrminister die Unterbringung der
Güter, ein Halt ein zurufen. Es daran zu erinnern, daß
das keineswegs alle seine Güter und Werte verloren sind.
Nicht Euch doch nur und erwidert einmal in Ruhe, was denn
eigentlich gerümmelt ist! Alles, was Euer innerstes Selbst
berührt? Was als eine Gefährdung Eurer eigentlichen,
weil in Euerem wahren Wesen begründeten Aufgabe und
Siegung gelten könnte? Ist das, was in und an Euch vor
geht, nur als die Zufutung eines unerbittlich dem Sterben
Gemeinlich zu werden oder nicht als das Kräftein eines
madröht Gebärdens?

Man kann weder den Pessimismus noch den Opti
mismus durch einen frennen wissenschaftlichen Nachweis beglau
bigen. Für beide Anschauungen lassen sich mit unbestin
neter und derselben Stärke aus allen Werten der Welt Be
leggründe herbeibringen. Ihre Annahme, Begründung,
Vertretung sind letztlich Sache des Enschlusses, des Glaubens;
sie wachsen hervor aus einer seelischen Sicht, die tiefer
lagert als aller Nationalismus; und ihre Sicherheit ist wohl
durch begriffliche Bestimmungen und intellektuelle Momente
zu erhöhen, nicht aber eigentlich zu erschaffen. Sie bilden
keinen Gegenstand theoretischer Beweissführung, sondern sie
sind Bestandteile, Weisenszüge unseres Ich, eigene Geistig
keiten.

Damit aber ist erkannt, daß ich zum Pessimismus das
selbe Recht habe wie ein anderer in seinem Optimismus zum
Pessimismus. Oder nicht vielleicht doch ein höheres? Wohnt
nicht dem Pessimismus ein höherer, abgründiger Weisheit inne?
Und was darum weil er dem Herrn des Lebens wertvoller.
Wußt dessen Sinn nicht verkannt oder umgehoben, nicht miß
braut und auf Grund theoretischer Voreingenommenheit
oder pessimistisch-müher Belastung in sein Gegenstück verkehrt
werden, um ihm mit dem Pessimismus in Verbindung oder
Ausgleich bringen zu können? Ist der Pessimismus nicht
die Sünde gegen das Leben? Und denagt er nicht die frei
heit des Urteils? Haben wir nun Grund und Anlaß zur
Unzufriedenheit? Und zum Schmätern und Kästern ein
Recht?

Wir helfen unserem Volk und uns wahrlich nicht damit,
daß wir mit peinlicher Sorgfalt alle Entzündungen kuden

